



Wahl und Erfurt erhöhten internationales Ansehen der DDR

Universitätsangehörige zu den Ereignissen der vergangenen Wochen

(Fortsetzung von Seite 1)

Stoph, hat der westdeutschen Regierungsdlegation sehr bittere Wahrheiten gesagt, und sie müßten gesagt werden. Erst auf dieser Bilanz der bitteren Erfahrungen, die die DDR seit ihrem Bestehen im Verhältnis zur westdeutschen Bundesrepublik machen mußte, ist die Möglichkeit eines Neubeginns in den Beziehungen beider deutschen Staaten gegeben. Wie Willi Stoph mit aller Entschiedenheit betonte, kann das nur die allein verbliebene Möglichkeit sein, die Chance zu nutzen, „Beziehungen der friedlichen Koexistenz auf der Grundlage des Völkerrechts zwischen der DDR und BRD herzustellen“.

Es ist jetzt an der Zeit, daß die westdeutsche Regierung Erklärungen über den Frieden dienende Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten durch die Tat der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR vor aller Welt beweist.

Kollektiv der Universitätsbibliothek, Zweigstelle Goethestraße:

Bonn muß Erklärungen durch Taten bestätigen

Wir verstehen, daß wir mit unserer Regierung gleicher Meinung sind, daß es endlich zu Verhandlungen über die völkerrechtliche Anerkennung der DDR kommen muß und daß solche Verhandlungen nur auf der Grundlage der vollen Gleichberechtigung geführt werden können. Daß bei der ersten Verhandlung in Erfurt kein Ergebnis erzielt werden konnte, überrascht uns nicht, da Willi Brandt als Vertreter der Bundesrepublik Deutschland, eines Landes, in dem der Revisionismus restauriert wurde, noch nicht bereit war, den Verhandlungsweg zu unterbrechen.

Prof. Dr. Manfred Kessok, Sektionsleiter:

Einzig reale Alternative weist die DDR

Das Treffen in Erfurt hat den Beweis geliefert, daß allein die Regierung der DDR die einzig reale Alternative zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten weist. Im Bewußtsein dieser Legitimität vermute ich auch Genosse Willi Stoph, der Vorsitzende des Ministerrates der DDR, die entscheidende Frage – völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die BRD – auf die Tagesordnung zu setzen. Demgegenüber nahme der westdeutsche Regierungschef Brandt weiterhin eine die Grundfragen umgehende Haltung ein. Sowohl das Auftreten des Genossen Stoph in Erfurt wie auch die Rede des Genossen Walter Ulbricht in Suhl zeigen, daß die DDR ihre Initiative für die Sache des Friedens und der Entspannung konsequent verfolgt und weiter durchsetzen wird.

Das Redaktionskollektiv: Rolf Möbius (verantwortlicher Redakteur); Günter Vogel, Hans Volker (Redakteure); Dr. rer. nat. Wolfgang Dietzsch, Hans Grohs, Prof. Dr. jur. Richard Hähner, Dr. phil. Günter Kasper, Dr. agr. Reinhard Lehmann, Gerhard Löschow, Karin Poeschlke, Jochen Schiewold, Dr. phil. Wolfgang Weller, veröffentlicht in der Lizenz-Nr. 88 des Rates des Bezirkes Leipzig. – Erscheint wöchentlich. – Abonnement der Redaktion: 101 Leipzig, P 57 928, Hauptstraße 28, Fernruf 2 13 82 94, Bankkonto 5202-33-526688 bei der Stadtsparkasse Leipzig. Druck: LVZ-Druckerei „Herzinn“ Döbeln.

Unter der Losung „Unser Beitrag zum Leninjahr – Pionier- und Spitzenleistungen für die allseitige Stärkung der DDR“ berieten am 19. März 800 Delegierte aller Sektionen, Institute, Bereiche und Direktorate der Universität über das vorliegende Prognosematerial und zogen drei Tage vor den Kommunalwahlen Bilanz über die Leistungen der Karl-Marx-Universität im Kampf um die allseitige Stärkung der DDR.

Im Präsidium hatten herzlich begrüßt Platz genommen führende Genossen der Partei der Arbeiterklasse – Jochen Hoffmann, Sekretär der Bezirksleitung; Siegfried Förster, Sektionsleiter im ZK, Prof. Karl Kayser, Mitglied des ZK, als Mitglied des Gesellschaftlichen Rates der Universität; das Sekretariat der Kreisleitung Karl-Marx-Universität; Werner Röder, Sekretär der Stadtleitung; und prominente Staatsfunktionäre, an ihrer Spitze Staatssekretär Jochen Böhme, amtierender Minister für Hoch- und Fachschulwesen; Günter Skibba, 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes; Oberbürgermeister Walter Kresse sowie Rektor, Prorektoren und Dekane der Universität; ferner Dr. Mahrwald, Direktor des EVK „Otto Grotewohl“ Böhlen, als Vorsitzender des Gesellschaftlichen Rates und Oberleutnant Latka vom Militärbezirk.

Nach dem mit viel Beifall aufgenommenen Referat des Rektors Prof. Dr. Gerhard Winkler, aus dem wir in unserer nächsten Ausgabe Auszüge veröffentlicht werden, stellte sein 1. Stellvertreter Prof. Dr. Horst Möhle die 22 für die Stadtverordnetenversammlung und Stadtbezirksversammlungen Leipzigs kandidierenden Universitätsangehörigen vor. Prorektor Prof. Dr. Günter Gebhardt, Spitzenkandidat im Wahlkreis 15 b, versicherte namens aller Kandidaten ihren festen Willen, ihre ganze Kraft für die Weiterentwicklung der sozialistischen Kommunalpolitik, insbesondere für die enge Gemeinsamkeit von Universität und Territorium gemäß dem Staatsratsbeschuß vom April 1969 einzusetzen.

Dank und Anerkennung für Fortschritte der Karl-Marx-Universität

In der Diskussion sprachen 12 Teilnehmer, unter ihnen Genosse Jochen Hoffmann, der herzliche Grüße des Sekretariats der SED-

3. Konzil bestätigte der Karl-Marx-Universität

Erfolge im Kampf um die Erfüllung unseres gesellschaftlichen Auftrages

zirksleitung und ihres Ersten Sekretärs, des Mitglieds des Politbüros Paul Fröhlich, überbrachte; das Schlußwort hielt Staatssekretär Jochen Böhme.

Sowohl Genosse Hoffmann als auch der Staatssekretär würdigten die Leistungen der Karl-Marx-Universität im Jahre 1969 und Anfang 1970, besonders das vorliegende Prognosematerial als großen Schritt nach vorn, der hervorragend geeignet sei, das Denken und Handeln des Universitätsangehörigen zu befruchten und zu beschleunigen. Staatssekretär Böhme sprach Dank und Anerkennung für die zielstrebige Leitung, das höhere Tempo und insbesondere für die Erhöhung der Aktivität der Universitätsangehörigen auf Grund einer besseren Verbindung zwischen ihnen und der Leitung der Universität aus. Ausdruck dessen sei auch die hohe Einsatzbereitschaft bei Übernahme und Erfüllung von Verpflichtungen des Sonderprogramms. Auch die Neugestaltung der Ausbildung sei erfolgreich im Angriff genommen worden, und die Karl-Marx-Universität werde auch wieder über ihre Grenzen hinaus für das Hochschulwesen der Republik wirksam.

Genosse Hoffmann forderte dazu auf, auf die Bewältigung der dialektischen Einheit von Prognose, Perspektivplan und täglicher Arbeit in Leitungstil jeder Ebene zu achten und jetzt bewußt die prognostischen Vorstellungen

anderer Bereiche auf das vorliegende Prognosematerial der Universität einwirken zu lassen. Er ließ erkennen, daß die Bezirksleitung der weiteren Entwicklung der Gesellschaftswissenschaften an der Universität große Aufmerksamkeit widmet, insbesondere der schnellen Förderung echter Kollektivarbeit und der Bereitschaft, wissenschaftliche Ergebnisse in streitbarer Diskussion zu qualifizieren. Er empfahl ferner ein engeres Zusammenwirken der Leipziger Hochschulen, darunter besonders auch auf dem Gebiet der Lehrerbildung, und von der Prognose her die Verflechtung zwischen dem Bereich Medizin und dem territorialen Gesundheitswesen.

Politisch-ideologische Erziehung im Prognosezeitraum

Großen Raum nahmen in seinen Ausführungen Fragen der Qualifizierung der politisch-ideologischen Erziehungsarbeit im Prognosezeitraum ein. Stellung zu beziehen zu den neuen Momenten im Klassenkampf, den sich nach der internationalen Beratung abzeichnenden Tendenzen der gegenseitigen Strategie und Taktik, die zu erkennen und ihnen entgegenzutreten, sei wahrscheinlich eine der wichtigsten Aufgaben im ganzen Prognosezeitraum. Dabei warnte er vor Ungeduld. Keiner dürfe in diesem Prozeß zurückgelassen

werden, daraus leite sich eine große Verantwortung der Parteiorganisation ab. Erhöhung des Tempos bedeute nicht Ungeduld, sondern vielmehr Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie und Verstärkung des schöpferischen Gesprächs, an dem alle Universitätsangehörigen beteiligt sein müssen.

Auszüge aus weiteren Diskussionsbeiträgen veröffentlicht UZ ebenfalls in einer ihrer nächsten Ausgaben.

Abschließende Höhepunkte des Konzils waren die Unterzeichnung eines neuen Vertrages zwischen der Stadt und Karl-Marx-Universität, die Übergabe von drei Jugendobjekten durch den Rektor an Werner Hännig, 1. Sekretär der FDJ-Kreisleitung, und die einstimmige Annahme der Willenserklärung des Konzils (vgl. Seite 1).

Unsere Bilder:

Oben links: Jochen Hoffmann, Sekretär der SED-Bezirksleitung, bei seinem Diskussionsbeitrag.

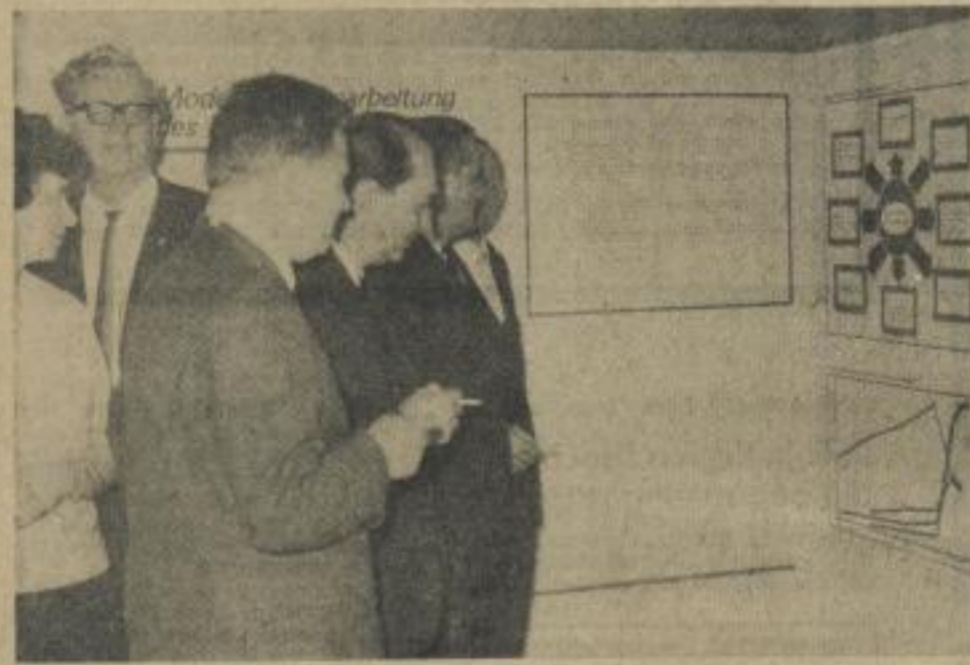
Oben rechts: Das Schlußwort hielt Staatssekretär Jochen Böhme, amtierender Minister für Hoch- und Fachschulwesen.

Unten links: Stark besucht war eine Ausstellung, die das Ringen um höchste Leistungen bei der Verwirklichung der 3. Hochschulreform veranschaulichte. Neben den Modellen des Informationssystems der Universität, der Konzentration der EDV auf entscheidende Prozesse, Übersichten über die Beziehungen zu sowjetischen Hochschulen, Grafiken zu Entwicklungstendenzen der naturwissenschaftlichen Forschung fanden insbesondere Ausstellungstische über die weitere räumliche Entwicklung der Universität großes Interesse: Modelle von eingerichteten Arbeitsräumen des Hochbaus, Karten über Vorbehalts- und Aufbaugelände der Universität im Prognosezeitraum sowie ein Grundrissentwurf des Universitätsportgeländes auf dem Johannisfriedhof.

Oben Mitte: Oberbürgermeister Walter Kresse und Rektor Prof. Dr. Gerhard Winkler bei der Unterzeichnung des Vertrages Rat der Stadt-Universität.

Unten rechts: Übergabe von drei Jugendobjekten an Werner Hännig, 1. Sekretär der FDJ-Kreisleitung.

Foto: IFF 28 (MÜLLER)



antwort

Angehörige der Sektion Philosophie-WS stellten zum Erfurter Treffen folgende Frage: Warum ist die Regierung der DDR an Verhandlungen mit der Regierung des westdeutschen Staates, über dessen Charakter es doch keine Illusionen geben kann, auch weiterhin interessiert?

Antwort darauf geben u. a. folgende Abschnitte aus der Rede Willi Stophs vor der Volkskammer der DDR und aus seiner Erklärung in Erfurt:

Gespräche sind nützlich und notwendig

Lassen Sie mich zunächst betonen, daß der Ministerrat der DDR, dem ich gestern sofort nach unserer Rückkehr Bericht erstattete, das Erfurter Treffen für nützlich hält. Die DDR ist im Interesse des Friedens, der Erhaltung des Status quo und der Verhinderung kriegerischer Konflikte für die Herstellung normaler gleichberechtigter Beziehungen zwischen der DDR und der BRD. Zu diesem Zweck ist es notwendig, Gespräche zwischen beiden Regierungen zu führen. Durch die Schuld aller bisherigen Bonner Regierungen ist das Verhältnis der BRD zur DDR völlig unnormal. Darum – schließlich hängen wir ja keinen Illusionen nach – sind positive Ergebnisse solcher Gespräche davon abhängig, daß die jetzige Bundesregierung den Willen zeigt, von der alten feindseligkeitsgeleiteten Politik der Feindseligkeit gegenüber der DDR nicht nur in Worten abzugehen. Es sind Taten erforderlich, um eine Wende in Richtung auf Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen unseren voneinander

unabhängigen souveränen Staaten herbeizuführen.

(Bericht vor der Volkskammer am 21. März)

Es geht um die alles entscheidende Frage, im Interesse der europäischen Sicherheit, des friedlichen Lebens der Völker unserer Staaten eine Wende in den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD herbeizuführen.

Gegenwärtig sind die Beziehungen zwischen unseren Staaten völlig unnormal. Daraus ergeben sich ernste Gefahren. Auf der Tagesordnung steht also die dauerhafte grundsätzliche Regelung des Verhältnisses zwischen der DDR und der BRD. Sie kann nur in der Aufnahme völkerrechtlicher Beziehungen auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung bestehen.

Auf Seiten der DDR sind dafür alle Voraussetzungen gegeben. Wir erwarten – was unser Vertragsentwurf beweist – von der Regierung der BRD nicht mehr, als wir selbst

zu tun bereit sind. Das ist eine Haltung echter Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung. Das Gerede, wonach es um die Kapitulation der einen oder anderen Seite gehe, ist also eine völlige Verzerrung des wahren Sachverhalts. Es geht nicht um Fragen des Prestiges. Es geht – lassen Sie mich das noch einmal unterstreichen – um das menschlichste Anliegen, um die Sicherung des Friedens. Diese Grundfrage läßt sich durch keinen Hinweis, man sollte alle Streitfragen ausklammern, umgehen...

Es geht also – wie ich das in meinem Brief an Sie, Herr Bundeskanzler, klar ausgesprochen habe – im wahren Sinne des Wortes um Frieden oder Krieg. Sie haben öffentlich geantwortet, es gebe allein um Frieden. Es kann aber keinen gesicherten Frieden geben, solange nicht alle Zielsetzungen aufgegeben sind, die auf eine Änderung des territorialen Status quo und der europäischen Grenzen gerichtet sind. Die Regierung der DDR steht auf dem Stand-

punkt: Wer den Frieden sichern will, der muß alle Zündstoffe und Herde von Konflikten aus der Welt schaffen...

Ich habe Ihnen den Standpunkt des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik vorgetragen. Ich habe Ihnen begründet, warum ein Vertrag über gleichberechtigte Beziehungen auf völkerrechtlicher Grundlage zwischen unseren beiden Staaten notwendig ist. Wir halten den Zeitpunkt für gekommen, durch den Abschluß eines solchen Vertrages unter die vergangenen 29 Jahre einen Strich zu ziehen. Niemand kann uns die Regelung der Beziehungen zwischen unseren Staaten abnehmen. Lassen Sie uns einen Neubeginn versuchen. Das wird zweifellos nicht leicht sein.

Dazu sind guter Wille und die Bereitschaft zu echten Friedensschritten notwendig. Wir sind bereit, alles zu tun, was dem Frieden, der europäischen Sicherheit und gleichberechtigten Beziehungen zwischen der DDR und der BRD dient. Selbstver-

ständlich kann es nach allen bitteren Erfahrungen der Geschichte keine Verständnisse gegenüber Bestrebungen geben, die auf die Aufrechterhaltung der Revanchepolitik gerichtet sind.

Unser Gespräch bietet die Möglichkeit, direkt über die entscheidenden Fragen der Friedenssicherung in Herzen Europas, die im Vertragsentwurf der DDR aufgeworfen wurden, konstruktiv beantwortet zu werden. Wenn die DDR und die BRD im Prozeß der Durchsetzung der friedlichen Koexistenz normale völkerrechtliche Beziehungen aufnehmen, wenn jegliche feindselige Politik gegenüber der DDR aufgegeben wird, dann kann man sich auch anderen Fragen widmen. Die Lösung der Grundfragen einer friedlichen Koexistenz ist jedoch die Voraussetzung für alles andere.

(Aus der Erfurter Erklärung vom 19. März)

UZ 14/70 Seite 1